

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen für das Haushaltsjahr 2019



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Masino,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Die Finanzlage der Gemeinde hat sich entspannt. Mittelfristig konnte durch die eingesetzte Haushaltsstrukturkommission 1 Mio € eingespart werden und wir setzten uns zum Ziel, uns ausschließlich auf die Pflichtaufgaben zu konzentrieren. Dringende notwendige Sanierungsmaßnahmen in die Infrastruktur konnten durch eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik umgesetzt werden. Unsere Straßen befinden sich in einem einwandfreien Zustand, im gesamten Gemeindegebiet wurde ein Tempolimit von 30 Stundenkilometern umgesetzt. Durch die Errichtung von innerörtlichen Fahrradwegen verzichten immer mehr Waldbronnerinnen und Waldbronner auf das Auto. Waldbronn ist Mitglied des European Energy Award und strebt nun an, seine Lärm- und Emissionswerte weiter zu reduzieren. Wir begrüßen das neu eingeführte E-Shuttle, das kostengünstig, gespeist mit Energie aus der Energiezentrale oder alternativen Energieformen, unsere drei Ortsteile miteinander verbindet. Das Gebiet Fleckenhöhe wurde aus dem bisherigen Flächennutzungsplan genommen und zum Landschaftsschutzgebiet erklärt.

Gerne hätte ich diese Vision heute als Realität verkünden wollen:

- Waldbronn als zukunftsfähige- und fortschrittliche Kommune!
- Waldbronn als Wohlfühlgemeinde auch für die nächsten Generationen!

Nun komme ich auf unsere aktuelle Haushaltssituation:

Auch dieser Haushalt ist geprägt von Streichungen, Sperrvermerken und Verschiebungen in kommende Jahre.

Insgesamt handelt es sich um Maßnahmen im Gegenwert von 3,2 Mio. €. Einige wenige Positionen seien hier genannt:

- Neubeschaffung und Ersatzbeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen mit ca. 1,2 Mio. €
- Neugestaltung Kirchplatz in Busenbach mit 150 Tsd. €
- Sanierung und Neubau des Kinderbeckens im Freibad mit 470 Tsd. €

Gleichwohl handelt es sich bei den Verschiebungen in Folgejahre nicht um effektive Einsparungen, sondern nur um eine Verlagerung von dringend notwendigen Ausgaben. Mit entsprechenden Kostensteigerungen unterlassener Investitionen ist zu rechnen.

Wie allen Mitgliedern des Rates und der Verwaltung sowie betroffenen Bevölkerungsteilen bekannt ist, haben wir bei Starkregen erhebliche Problematiken im Bereich überlaufender Kanäle.

Erste Schätzungen zur mittelfristigen Aufdimensionierung bestehender Kanalsysteme gehen von einem Investitionsaufwand in Höhe von 10 Mio. € aus. Für das Jahr 2019 sind hier nur geringfügige Investitionen vorgesehen. In der mittelfristigen Investitionsplanung ab 2020 lassen sich keine größeren Maßnahmen ableiten.

Unsere Gemeindestraßen befinden sich teilweise in einem maroden Zustand. Für die in den letzten Jahren aufgewendeten Sanierungsmaßnahmen, beispielsweise in der Hellenstraße, der Leopoldstraße, teilweise der Schulstraße oder der Gartenstraße, hatten wir durchschnittlich Aufwendungen inklusive der Kanalsanierung von ca. 1,2 Mio € je Maßnahme zu verkräften.

Zur Verdeutlichung, welcher Mitteleinsatz zur Sanierung unserer Gemeindestraßen erforderlich ist, wird auf das Beispiel Waldstraße verwiesen.

Zu einer angedachten Sanierung der Waldstraße inklusive der Kanalsysteme liegt eine unverbindliche Kostenschätzung in Höhe von 4,5 Mio € vor, die nicht einmalig zur Verfügung gestellt werden kann.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass sich die Straßenbauarbeiten über Jahre hinziehen werden.

Zur umfassenden und flächendeckenden Sanierung unserer Straßen lassen sich keine Maßnahmen aus dem Investitionsplan ableiten.

Die vom Gemeinderat eingeforderten und seitens der Verwaltung avisierten **Konzepte** für die Bereiche Kinderbetreuung, Kinderspielplätze, Parkraumbewirtschaftung, Vereinsförderung und Bebauungspläne in bisher unbebauten Bereichen **liegen weiterhin nicht vor**. Entsprechende Haushaltsmittel sind aktuell und auch in der mittelfristigen Planung nicht eingestellt.

Die voraussichtliche Höhe der **Rücklagen** per Ende 2019 belief sich zu Beginn unserer Haushaltsberatungen auf einen Betrag in Höhe von ca. 800 Tsd. € und lag damit nur in unbedeutender Höhe über dem gesetzlich erforderlichen Mindestbetrag mit ca. 740 Tsd. €

Aufgrund einer in erheblicher Größenordnung zu erwartenden Verbesserung der finanziellen Situation für das Haushaltsjahr 2018 kann von einer signifikanten Erhöhung der Rücklagen zum Jahresende 2019 auf ca. 4,9 Mio. € ausgegangen werden. Zu berücksichtigen hierbei ist jedoch, dass es sich bei der Verbesserung im Jahr 2018 im Wesentlichen um den Einmaleffekt aus dem Anstieg der Gewerbesteuererinnahmen handelt.

Der Konjunkturmotor läuft seit nunmehr 10 Jahren. Inwieweit sich dies für die Zukunft fortsetzt, ist zumindest in Zweifel zu ziehen. Entsprechende Korrekturen des Frühjahrsgutachtens sind seitens der Bundesregierung in ihrem Herbstgutachten bereits erfolgt. Systemrelevante Unternehmen bzw. deren Unternehmensverbände haben ihre Prognosen ebenfalls nach unten korrigiert.

Für uns bedeutet dies, dass wir uns nicht auf den wirtschaftlichen Erfolg Dritter ausruhen dürfen! Im Gegenteil:

Oberstes Gebot in unserer Gemeinde ist weiterhin die Definition und die Realisierung von Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung. Eine Ergebnisverbesserung umfasst - neben der konsequenten Kostenreduzierung - auch die Überprüfung, ob unsere Dienstleistungen noch in erforderlicher Höhe bezahlt werden. Entsprechende Kalkulationen sind durchzuführen.

Unsere Finanzlage ist weiterhin angespannt. Die zum Jahresende 2019 prognostizierten Rücklagen sollten nicht angegriffen werden sondern weiterhin ausgebaut werden. Nur so können in Jahren reduzierter Einnahmen die Pflichtaufgaben ohne weitere Kreditaufnahme erfüllt werden.

Wir wiederholen uns seit Jahren mit unseren mahenden Worten zum **fehlenden Einsparwillen** und regen zu mehr Einsparpotential an. Wir könnten Ihnen die Haushaltsreden von 2016, 2017 und 2018 vorlesen und Sie würden keinen Unterschied zur aktuellen Situation bemerken.

Zwar haben wir endlich einen Schlusstrich unter die Musikschule, den Eistreff und die Grundbucheinsichtsstelle gesetzt und die Schließung der Bücherei in die Wege geleitet. Es handelt sich hierbei aber nur um minimale Maßnahmen. Weiter Einsparmaßnahmen sind dringend erforderlich. Nach unserer Auffassung bedarf es einer dringenden Überprüfung hinsichtlich der Notwendigkeit des Vorhaltens aller gemeindlichen Immobilien. Hierauf haben wir bereits in unserer Haushaltsrede für das Haushaltsjahr 2018 hingewiesen.

Daneben ist die Intensivierung der **interkommunalen Zusammenarbeit** unerlässlich. Wir verweisen auf die Ergebnisse aus der Strategieklausur des Gemeinderates vom 13. und 14. Juli diesen Jahres. In einem Ranking der sechs wichtigsten Ziele für das Jahr 2019 wurde an dritter Stelle die Erweiterung der interkommunalen Zusammenarbeit in Verbindung mit der Erzielung von Synergieeffekten definiert.

Für dieses Schwerpunktthema wurde die Zielsetzung weiter konkretisiert und als Aufgabenstellung implementiert:

- gemeinsame Inanspruchnahme von Dienstleistungen insbesondere für die Aufgabenerfüllung in den Bereichen Bauhof, Gärtnerei sowie Wasser und Abwasser.
- Einsparungen bei der allgemeinen Verwaltung; dies insbesondere durch Kooperation in den Bereichen der Standesämter, der Einrichtung einer Zentralstelle für das Beschaffungs- und Vergabewesens, der Implementierung eines gemeinsamen Förderexperten zur Generierung von Fördermitteln für Investitionen der teilnehmenden Gemeinden.

- Zusammenarbeit im Bereich des Ordnungs- und Sicherheitswesens durch Beschaffung eines gemeinsamen Geschwindigkeitsmessgerätes, inklusive des notwendigen Personals und Kooperation im Gemeindevollzugsdienst - und außerhalb der bisherigen Dienstzeiten.

Unsererseits wird die Hoffnung ausgedrückt, dass die definierten Ziele weiter mit Nachdruck verfolgt werden und nicht in Vergessenheit geraten. Wir erwarten hierbei seitens der Verwaltung ein **regelmäßiges Reporting** über den Stand der jeweiligen Verhandlungen mit kooperationswilligen Kommunen.

Wir leisten uns weiterhin eine **Volkshochschule**, die einen hohen Zuschussbedarf benötigt. Nach dem Haushaltsansatz 2019 ergibt sich ein zahlungswirksamer Zuschussbedarf in Höhe von 107 Tsd €. Zukünftige Überlegungen einer Angliederung der Volkshochschule an den Landkreis Karlsruhe sind dringend geboten. Aktuell sind 16 Gemeinden Mitglied der Volkshochschule des Landkreises Karlsruhe.

Der **Feuerwehrbedarfsplan** sieht vor, dass die Kommune weitere und größere Fahrzeuge benötigt um alle Einsätze bewerkstelligen zu können. Noch immer gönnen wir uns den Luxus von drei Feuerwehrabteilungen in Waldbronn.

Als Vision für die Folgejahre sollen wir uns auch die Realisierung eines gemeinsamen Feuerwehrhauses vornehmen, in zentraler Lage, beispielsweise zwischen Tennishalle und Festhalle. Die Planung sollte bereits im Jahre 2019 erfolgen um in den Haushalt für 2020 aufgenommen werden zu können um dann im Jahre 2022 eine funktionsfähige Feuerwehr an einem Standort gewährleisten zu können.

Absichten, den zentralen Feuerwehrstandort im Gebiet der Fleckenhöhe zu finden weisen wir aktuell und zukünftig auf das Entschiedenste zurück!

Rück II wird der Gemeinde eine noch stärkere Verkehrsbelastung bringen. Für viele neue Einwohnerinnen und Einwohner mit Kindern werden neue Kinderbetreuungsplätze benötigt. Die Schaffung weiterer Plätze hat daher höchste Priorität. In diesem Zusammenhang erscheint ein Gesamtkonzept für die kirchlichen und gemeindeeigenen Einrichtungen unter Führung der Gemeindeverwaltung dringend geboten. Insbesondere wird unsererseits hier auf die Notwendigkeit der Schaffung zentraler Standorte hingewiesen. Dies bedeutet, weg von den aktuellen dezentralen, kleinteiligen Betreuungseinrichtungen.

Wie bereits eingangs erwähnt, lassen sich hierzu keinerlei Mittel im Haushalt erkennen.

Neben dem Neubaugebiet Rück II wird uns auch das geplante sogenannte „**Aldi-Projekt**“ mehr Lärm, schlechte Luft und viel Verkehr bringen. Ein Verkehrs- und Lärmgutachten für das sogenannte „Aldi-Projekt“ wurde von unserer Fraktion bereits mehrfach eingefordert und wurde dem Gemeinderat bisher nicht zu einer kritischen Würdigung vorgelegt.

Wir werden die weiteren Planungen des Vorhabens sehr kritisch begleiten.

Für den Ausbau der sogenannten Ochsenstraße, deren Sanierungsbeginn im März des kommenden Jahres anlaufen wird, fordern wir einen Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner durch entsprechende Maßnahmen:

- Durchgehende 30er Zone aller innerörtlicher Straßen in Waldbronn,
- absolutes Halteverbot für alle betroffenen Straßen, auch in der Kronenstraße, Garten- und Bergstraße, der Hohbergstraße zum Schutze der Radfahrenden sowie Schülerinnen und Schüler.
- Weiter fordern wir ausreichende Fußgängerüberwege mit Ampelschaltung, damit die Sicherheit unserer Schulkinder sowie Fußgängerinnen und Fußgänger gewährleistet wird.

Die Umleitung der Fahrzeuge durch Waldbronn wird ein Verkehrskollaps auslösen und die Anwohnerinnen und Anwohner sind zu Recht besorgt. Schließlich geht es um unserer aller Gesundheit.

Und so schließe ich meine Rede mit einem Zitat des britischen Ökonomen David Ricardo

„Die Defizite von heute sind die Steuern von morgen“

Dieses Zitat ist für den Haushalt der Gemeinde Waldbronn treffender denn je!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wird dem Haushaltsplan 2019 auch in diesem Jahr nicht zustimmen.

Zugestimmt wird dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung für das Geschäftsjahr 2019.

Ihnen allen geruhsame und gesegnete Weihnachten und ein zufriedenes Jahr 2019.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !